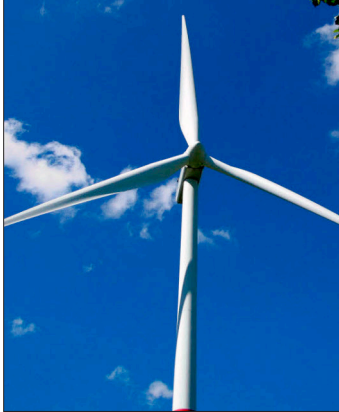


Resolution verabschiedet

Gottenheim und Merdingen wenden sich gegen Pläne der Landesregierung

Gottenheim/Merdingen. Die Gemeinden Gottenheim und Merdingen lehnen die von der Landesregierung geplante Verlagerung der Kompetenz für die Genehmigung von Windkraftstandorten weg von den Regionalverbänden hin zu den Kommunen ab. Während in Gottenheim eine große Mehrheit der Räte für die von der Gemeinde Breisach federführend ausgearbeitete Stellungnahme stimmte, fiel die Zustimmung für eine vom Bürgermeister eingebrachte ähnlich lautende Resolution in Merdingen recht knapp aus.



Umstritten sind in Merdingen und Gottenheim die Pläne der Landesregierung zur Windkraft. Foto: RK

Der Regionalverband südlicher Oberrhein habe nach den bisher geltenden gesetzlichen Vorgaben 13 Vorranggebiete für Windkraftanlagen ausgewiesen, dabei solide geprüft, abgewogen und insgesamt gute Arbeit geleistet, betonte Gottenheims Bürgermeister Volker Kieber. Von einer Verhinderungsplanung könne daher keine Rede sein. Vielmehr sei es zwingend notwendig, dass auch künftig die Ausweisung von Windkraftstandorten geordnet erfolge und sich die Gemeinden hier keine Konkurrenz untereinander machten. Die Abwägungen müssten auch künftig allen Belangen Rechnung tragen, es dürfe nicht nur

Vorranggebiete sondern müsse auch Areale geben, wo Windräder nicht zulässig seien. Hier gebe es schon ein großes fachliches Wissen bei den Regionalverbänden, so Kieber, der sich grundsätzlich aber auch für den Ausbau der Windenergie aussprach und hierfür eine interkommunale Zusammenarbeit anregte, wie sie schon 1998 bei der Gründung der Planungs-Gemeinschaft zur Windkraftuntersuchung für den Bereich Kaiserstuhl-Tuniberg erfolgt sei. Das geplante Gesetz schaffe hingegen Fronten, war sich Kieber sicher, der auch den Zeitrahmen für die Aufstellungsbeschlüsse für

Flächennutzungspläne bis September für deutlich zu kurz hielt.

Im Gottenheimer Gemeinderat war es einzig Jörg Hunn (FBL), der kritisierte, dass sich derzeit die Parteien beim Ausbau der Windenergie aus politischen Gründen gegenseitig überbieten würden und daher eine Stärkung der Gemeinden forderte.

Dass die überregionalen Interessen beim Regionalverband besser berücksichtigt werden könnten, meinte auch Merdingens Bürgermeister Eckart Escher, der die Aufhebung der bestehenden Regionalpläne bis Ende August als nicht Ziel-führend bezeichnete. Er sehe so die Gefahr, dass aus Prestige-gründen auch dort Windräder entstehen könnten, wo sie nicht wirtschaftlich seien oder das Landschaftsbild besonders beeinträchtigten. Außerdem gab er zu bedenken, dass Baden-Württemberg ja an anderer Stelle bei regenerativen Energien schon gut dastehe. Anders sahen dies die drei Gemeinderäte der SPD/Offenen Liste. Es sei höchste Zeit, die Potentiale für Windenergie auch in Baden-Württemberg auszunutzen, so Rainer Hug und Oswald Prucker meinte, eine regionale Planung sei zwar besser, doch die Regionalverbände seien bisher eher als Verhinderer aufgetreten. (mag)